

2/AE XXI.GP

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

der Abgeordneten Dr. Alexander Van der Bellen, Petrovic, Freundinnen und Freunde betreffend Weiterentwicklung der Außen - und Sicherheitspolitik der Europäischen Union durch die Neutralen und Bündnisfreien

Die Europäische Union verhandelt derzeit die Frage wie ihre gemeinsame Außen - und Sicherheitspolitik (GASP) in Zukunft aussehen soll. Auf dem letzten Gipfeltreffen in Köln hat sich die Perspektive für nicht - militärische Konfliktbearbeitung deutlich verschlechtert. Anstatt Mittel und Wege zur Formulierung einer gemeinsamen Außenpolitik zu entwickeln, wurde beschlossen, Sicherheit militärisch zu schaffen. Dabei wird sich die EU zunächst auf den europäischen Pfeiler der Nato stützen, Darüberhinaus sollen zusätzlich eigene Streitkräfte - und Rüstungspotentiale aufgebaut werden. Mit der Wahl Javier Solanas zum Vertreter der GASP wurde diese militärische Prioritätensetzung unterstrichen, handelt es sich bei Solana doch um den bisherigen Generalsekretär der Nato.

Die finnische Ratspräsidentschaft hat mit dem Programm für ein nichtmilitärisches Krisenmanagement einen wichtigen Vorschlag zur zivilen und präventiven Friedenssicherung unterbreitet. Diese Initiative eines neutralen und bündnisfreien EU - Mitglieds ist bis dato von österreichischer Seite unbeantwortet geblieben. Am kommenden EU - Ratsgipfel (10./11. Dezember) wird der finnische Vorschlag, den auch das schwedische und das irische Außenministerium unterstützen, auf der Tagesordnung stehen. Spätestens mit dem konstruktiven Beitrag des finnischen Staatspräsidenten Ahtisaari für einen Waffenstillstand im Kosovo - Krieg wurde deutlich, daß Neutrale und Bündnisfreie auch heute ebensowichtige Beiträge für Friedensvermittlung liefern können wie in Zeiten des Kalten Krieges. Es ist nur eine Frage des politischen Willens.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Die Bundesregierung wird beauftragt, sich mit den anderen neutralen und bündnisfreien Mitgliedern in der EU zur Frage der Weiterentwicklung der GASP abzustimmen und gemeinsame nichtmilitärische friedenspolitische Initiativen anzuregen und zu fördern:

1. Die Neutralen und Bündnisfreien begrüßen die Initiative für den Aufbau von nichtmilitärischem Krisenmanagement durch die finnische Ratspräsidentschaft und werden sich auf die Umsetzung dieser Initiative konzentrieren.
2. Die EU wird in erster Linie auf zivile, friedensbildende Einrichtungen wie OSZE, Vereinte Nationen und Europarat setzen und würdigt dabei die besondere Rolle ihrer neutralen und bündnisfreien Mitglieder.
3. Die EU möge einen Rat für Außenpolitik und Diplomatie einrichten, der gemeinsame außenpolitische Positionen der Union auslotet und Aktivitäten zur Stärkung einer gesamteuropäischen zivilen Friedensordnung im Rahmen der OSZE entwickelt.
4. Die Union setzt sich gemeinsam mit dem in der OSZE bestehenden Büro für nationale Minderheiten dafür ein, für die offenen territorialen und ethnischen Fragen in Europa ein Frühwarnsystem und entsprechende Instrumentarien zur präventiven politischen Lösung zu entwickeln.
5. Die EU richtet einen Fonds zur nichtmilitärischen Konfliktbewältigung ein, der finanzielle Mittel bereitstellt, um präventive Maßnahmen und gewaltfreie Konfliktlösungsmöglichkeiten aufzubauen und durch Wirtschaftshilfe Anreize setzen zu können.
6. Die EU unternimmt alles, was die atomare Erstschlagdoktrin der Nato, die eine echte Bedrohung des Friedens in Europa darstellt, überwindet und hebt die sogenannten Nukleargarantien der WEU - Mitglieder auf.
7. Es darf durch EU - Regelungen zu keiner, wie immer gearteten Übernahme der Beistandsverpflichtung der WEU in der EU kommen.
8. Aktionen nach Art. 17 Amsterdamer Vertrag dürfen nur auf Grundlage eines UNO - Sicherheitsratsbeschlusses zur Abstimmung zugelassen werden.